

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 23 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Montag, 29. Januar 1968

Einzelpreis 30 Pf

Gegen Änderung des Wahlrechts

SPD tagte in Nürnberg - Für Notstandsgesetze bei Sicherung der Grundrechte

NÜRNBERG (dpa/upi/ap). Für die Verabschiedung einer Notstandsgesetzgebung, aber gegen die Einführung eines Mehrheitswahlrechts hat sich die bayerische SPD gestern in Nürnberg ausgesprochen. Auf ihrem außerordentlichen Parteitag nahmen die Delegierten mit Mehrheit einen Antrag des Landesausschusses an, der eine Notstandsregelung als unvermeidbar bezeichnet, am Regierungsentwurf aber noch Verbesserungen für notwendig hält.

Gleichzeitig beschlossen die Sozialdemokraten, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegen die Einführung des Mehrheitswahlrechts „schwere sachliche und politische Bedenken“ bestünden. Sie werde deshalb abgelehnt. Zuvor hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin

Hirsch (Hof) eine möglichst schnelle Verabschiedung der geplanten Notstandsgesetzgebung gefordert.

Nach Ansicht der bayerischen SPD kann nur durch eine in der Verfassung verankerte Beseitigung der alliierten Vorbehaltsrechte verhindert werden, daß die Exekutive in Zeiten des Notstandes Vollmachten erhält, die nicht an das Grundgesetz gebunden sind. Die bayerische SPD stellte sich allerdings auf den Standpunkt, daß das im Grundgesetz gewährleistete Stimmrecht nicht angetastet werden dürfe. Außerdem sei zu prüfen, ob in der Verfassung ein Widerstandsrecht verankert werden solle. Die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung durch den Bundestag will die SPD Bayerns von der Bedingung abhängig machen, daß die Vorbehaltsrechte des Deutschlandvertrages erlöschen.

Als einziger Referent erklärte Hirsch, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, die jetzige Regierungsvorlage zur Notstandsgesetzgebung sei die einzige, über die es sich überhaupt lohne, parlamentarisch zu beraten.

Hirsch warnte davor, einen Einzug der NPD in den Bundestag nur mit einer Änderung des Wahlsystems verhindern zu wollen. Das sei ein autoritärer Akt, der ein bewußtes Ausweichen vor der politischen Auseinandersetzung bedeute.

In der Wahlrechtsdiskussion waren die Gegner einer Abkehr von der jetzigen Verhältniswahl in der Überzahl. Der Landesvorsitzende Volkmar Gabert gab zu bedenken, daß bei einer Mehrheitswahl drei von den sieben bayerischen Regierungsbezirken — Niederbayern, Oberpfalz, Unterfranken — nicht mehr einen SPD-Abgeordneten in den Bundestag entsenden könnten.

Hamburger SPD für Verbot der NPD

Für ein Verbot der NPD traten die Hamburger Sozialdemokraten auf einem — ebenfalls außerordentlichen — Parteitag ein. „Für das freie Leben in unserem Lande und für unser Ansehen in der Welt ist es notwendig, daß die Bundesregierung alle Möglichkeiten ausschöpft, die zu einem Verbot der NPD führen“, heißt es in einem einstimmig gefaßten Beschluß.



IN ARBEITSKLUFT, einen großen Traverflor voran, marschierten am Samstag mehr als zweihundert Bergleute durch Pegnitz. Sie hatten am Jahresende ihre Arbeitsplätze verloren, als die Eisensteine „Kleiner Johannes“ die Förderung einstellte. Jetzt bleibt ihnen nur noch der Gang zum Arbeitsamt. Die Kumpel fordern Arbeit in „Ersatzbetrieben“. Die Pläne dafür haben sich jedoch zum großen Teil zerschlagen. Mehr als tausend Pegnitzer nahmen an der Großkundgebung auf dem Marktplatz teil, bei der die IG Bergbau Sicherheitsmaßnahmen für eine neue Existenz forderte.

Hallstein-Doktrin nicht aufgegeben

BONN (dpa). Hohe Bonner Regierungskreise wandten sich gestern gegen „Fehldeutungen“, wonach eine Wiederaufnahme der 1957 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien eine endgültige „Aufgabe der Hallstein-Doktrin“ durch die Bundesregierung bedeute.

Eine Anerkennung des Ostberliner Systems durch nicht-kommunistische Länder werde von der Bundesregierung nach wie vor als unfreundlicher Akt angesehen. Die Wiederaufnahme der Beziehungen Bonn — Belgrad sei Teil der Entspannungspolitik, mit der die Bundesregierung die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden versuche.

Befürchtungen, andere Staaten könnten jetzt gewillt sein, die DDR anzuerkennen, werden in Bonner Regierungskreisen nicht gehegt.

Die seit dem vergangenen Dienstag in Paris geführten deutsch-jugoslawischen Verhandlungen über die Wiederaufnahme der 1957 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad werden heute fortgesetzt. In Bonn wird damit gerechnet, daß die noch am Freitag aufgetretenen Schwierigkeiten beseitigt werden und die Gespräche heute zum Abschluß gelangen.



EIN MEDAILLENANWÄRTER für die Olympischen Winterspiele in Grenoble ist der deutsche Eisspringer Erhard Keller (rechts). Auf der Bahn in Inzell stellte er am Sonntag bei internationalen Wettbewerben über 500 m in phantastischen 39,2 Sekunden einen neuen Weltrekord auf, den als erster der Russe Grischin mit 39,5 erzielt hatte. Auch Kellers schärfster Rivale, der Japaner Suzuki (links) blieb mit 39,3 noch unter der alten Bestzeit.

Suche nach zwei U-Booten erfolglos

52 Franzosen und 69 Israelis im Mittelmeer verschollen — Internationale Aktion eingeleitet

PARIS/TEL AVIV (dpa/upi/ap). Über 30 Schiffe und Flugzeuge aus fünf Nationen suchten am Wochenende große Gebiete im Osten und Westen des Mittelmeeres nach zwei vermißten U-Booten ab. Drei Tage nach dem Verschwinden des israelischen U-Bootes „Dakar“ (Hai) mit 69 Mann an Bord gab der französische Flottenstab gestern vormittag bekannt, daß auch das französische Unterseeboot „Minerve“ im Mittelmeer vermißt wird.

Die „Minerve“ hatte an einem Seemanöver der französischen Marine teilgenommen. Sie war am Samstagabend in Toulon zurückgekehrt worden. Nach Mitteilung eines Marinesprechers suchen sechs Kriegsschiffe und der Flugzeugträger „Clemenceau“, Fluggaue und Hubschrauber das Übungsgebiet vor der Küste bei Toulon ab. Die 1040-Tonnen große „Minerve“ war 1964 in Dienst gestellt worden und hat 52 Mann an Bord. Sie ist eines der modernsten U-Boote der französischen Flotte und mit zwölf Torpedo-Abwehrrohren ausgerüstet.

In der Nähe der letzten vermuteten Position der „Minerve“ sind gestern Abend Ölflecken auf der See treibend entdeckt worden. Die Suchaktion in diesem Gebiet vor dem französischen Kriegshafen Toulon wurde daraufhin verstärkt.

Die „Dakar“ sank im tiefsten Teil des östlichen Mittelmeeres. Die Echolot-Ausrüstung der beteiligten Kriegsschiffe kann kaum den bis zu 1800 Meter tiefen Meeresboden im Suchgebiet erreichen. Die Suche wird durch raue See und stürmische Winde behindert. Das Boot kam von einer technischen Überholung aus England. In Israel wird in zunehmendem Maße befürchtet, daß die „Dakar“ als verloren betrachtet werden muß. Ein Militärsprecher in Tel Aviv erklärte, es gäbe keine Anzeichen dafür, daß die „Dakar“ versenkt worden oder einem Sabotageakt zum Opfer gefallen ist.

„Erinnerung an „U-Hai““
Das Verschwinden der namensgleichen „Dakar“ erinnert an das Unglück der deutschen „U-Hai“, die — wie berichtet — am 14. September 1966 in der Nähe der Doggerbank

mit 19 Mann Besatzung sank. Außer dem Obermaat Peter Silbernagel fanden alle Offiziere und Matrosen den Tod. Die Ermittlungen ergaben, „daß hinreichende Verachtungsgründe für ein strafrechtliches Verschulden noch lebender Angehöriger der Bundesmarine nicht vorliegen“.

Niederlage für Jungdemokraten

FREIBURG (upi/dpa). Der 19. Bundesparteitag der Freien Demokraten, auf dem sich die Bonner Oppositionspartei eine neue Führungsspitze geben will, begann gestern mit einer Niederlage der „Jungdemokraten“.

Auf der vorbereitenden Sitzung vor der offiziellen Eröffnung des Parteitages beschloß der Bundesvorstand der FDP, die Vorlage eines von den Jungdemokraten entworfenen neuen Aktionsprogrammes für die Partei an eine bereits berufene Grundstatzkommission zu verweisen, die sich in den nächsten Monaten ohnehin mit einem neuen Grundstatzprogramm für die Partei befassen soll.

Eine weitere Niederlage erlitten die Jungdemokraten, als der Bundesvorstand feststellte, daß ein Resolutionsentwurf zum Vietnamkrieg nicht fristgemäß eingegangen sei.

Der 19. Bundesparteitag der FDP wird eine Ablösung der Führungsspitze bringen. An die Stelle von Erich Mende, der die FDP acht Jahre lang geführt hat, soll Walter Scheel treten.

Schütz in USA

CHIKAGO (ap). Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, hat am Wochenende in Chicago die Ansicht vertreten, daß die von den Kommunisten in Ostberlin errichtete Sperrmauer in der alten deutschen Hauptstadt mit der Zeit verschwinden werde. In einer Pressekonferenz zu Beginn eines einwöchigen offiziellen Besuches in den Vereinigten Staaten sagte Schütz, er erwarte hinsichtlich der Stabilität in Westberlin keine Probleme seitens der kommunistischen Regierung in Ostberlin. „Wir sind beide an einer Beibehaltung des Status quo interessiert“.

Der richtige Tip

Totoblock: 2 — 1 — 1 — 2 — 1 — 2 — 2 — 2 — 2 — 1 — 1 — 1 — 1

Auswahlwette (6 aus 39): 8 — 10 — 12 — 17 — 22 — 24, **Zusatzspiel 25.**

Die Lotto-Zahlen: 5 — 8 — 19 — 27 — 28 — 40, **Zusatzzahl 25.**

Olympia-Gewinnzahl: 5105.

Städteutsche Klassenlotterie: Das Große der Woche mit 100 000 DM fiel auf die Los-Nr. 183 992. (Ohne Gewähr)

Washington sucht „Pueblo“-Vermittler

Nordkorea lehnt alle Sicherheitsratsbeschlüsse ab — Kossygin für direkte Kontakte

NEW YORK (upi/dpa). Die Bemühungen der USA, über diplomatische Kanäle Nordkorea zum Einlenken und zur Herausgabe des gekaperten US-Nachrichtenschiffes „Pueblo“ und seiner Besatzung zu bewegen, waren auch am Wochenende erfolglos.

Im Verlauf der diplomatischen Aktivität ersuchte der amerikanische Botschafter in Warschau, Jon Gronouski, die polnische Regierung um Vermittlung. Die japanische Regierung hat Washington von ihrer Bereitschaft unterrichtet, zu einer friedlichen Lösung der Angelegenheit beizutragen. In New York bemüht sich unterdessen die Delegation des Welticherheitsrates am Wochenende, in privaten Gesprächen bis zur nächsten Sitzung, die heute stattfindet, den stillen Einigkeit über die Rolle der UN bei der Beilegung der Krise zu erzielen.

Der Sicherheitsrat hatte sich bereits am Samstag und Freitag mit der Affäre befaßt. Bei der Sitzung am Samstag kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den

USA und der UdSSR. Der sowjetische Delegierte, Platon Morosow, hielt dabei die amerikanischen Angaben über die Position der „Pueblo“ zum Zeitpunkt der Kaperung durch nordkoreanische Matrosen für falsch.

Hinter den Kulissen der UN wird vor allem gesprochen über einen Vorschlag Kanadas, einen neutralen Vermittler nach Nordkorea zu entsenden. In den UN wird ferner darauf geachtet, daß Länder wie Rumänien oder Jugoslawien, die diplomatische Beziehungen zu Nordkorea unterhalten, als „ehrliebe Makler“ oder Mittelsmänner in Aktion treten könnten, um vor allem durch die Befreiung der „Pueblo“-Besatzung eine Entschärfung der kritischen Lage herbeizuführen.

Die nordkoreanische Regierung erklärte am Wochenende, daß sie Beschlüsse des Sicherheitsrats in der „Pueblo“-Angelegenheit nicht anerkennen werde. Die Anrufung des Sicherheitsrates durch die USA wurde als „schamloser, überheblicher und anmaßender Akt“ bezeichnet.

Die Volksrepublik China hat sich gestern dieser Auffassung angeschlossen. In Neu-Dehli wandte sich der sowjetische Ministerpräsident Kossygin, dem Vernehmen nach dagegen, den Vorfälle hochzuspielen. Aus unterrichteten Kreisen verlautete, Kossygin habe bei einem Gespräch mit dem indischen Ministerpräsidenten, Frau Gandhi, erklärt, die Affäre solle von den direkt Betroffenen „bereinigt“ werden. An der Demarkationslinie zwischen beiden Teilen Koreas kam es am Wochenende wiederholt zu Schießereien zwischen UN-Soldaten und Nordkoreanern.